Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"

Im Vorfeld von Kennedys West-Berlin-Besuch holte die Staatssicherheit Informationen aus den dort politisch involvierten Kreisen der SPD und CDU ein. Eine "zuverlässige Quelle" berichtete von Gesprächen zwischen Berlins Regierendem Bürgermeister Willy Brandt und CDU-Oppositionsführer im Abgeordnetenhaus Franz Amrehn.

Am 26. Juni 1963 besuchte der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy West-Berlin. Anlass war der 15. Jahrestag der Berliner Luftbrücke. Im Mittelpunkt des Besuchs stand eine gemeinsame Fahrt mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Berlins Regierendem Bürgermeister Willy Brandt im offenen Wagen durch die westliche Stadthälfte. Dabei säumten etwa zwei Millionen Menschen jubelnd die Straßen, um den amerikanischen Präsidenten in Empfang zu nehmen. Die anschließende Rede Kennedys vor dem Schöneberger Rathaus gipfelte in seinen berühmten Ausspruch "Ich bin ein Berliner".

Das Bekenntnis des US-Präsidenten zur Enklave West-Berlin als einer vor dem Kommunismus zu verteidigenden freien Stadt war während des Kalten Krieges von besonderer Bedeutung für die westliche Welt. Die DDR-Führung befürchtete Aufruhr in Ost-Berlin und verhängte das Brandenburger Tor vorsorglich mit Sichtblenden, um einen freien Blick über die Mauer auf John F. Kennedy zu verhindern. Bereits im Vorfeld des angekündigten Besuchs wurde die Staatssicherheit aktiv, um Sympathiebekundungen für Kennedy in Ost-Berlin und potentielle Grenzübertritte zu verhindern.

In einer "Einzelinformation" an die Parteispitze vom 30. Mai 1963 berichtet die Spionageabteilung Hauptverwaltung A (HV A) über Gespräche zum bevorstehenden Kennedy-Besuch in Kreisen der West-Berliner CDU und des Senats. Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt und CDU-Oppositionsführer Franz Amrehn hätten sich demnach auf drei wesentliche Ziele des Besuchs von John F. Kennedy verständigt. Diese sollten insgesamt zu einer Stärkung der politischen Stellung West-Berlins führen. Darüber hinaus geht der Bericht auch auf einen geplanten West-Berlin-Besuch des französischen Präsidenten Charles de Gaulle ein. Das Papier ist an Walter Ulbricht, den sowjetischen Geheimdienst KGB (als "AG" bezeichnet) und zwei MfS-Abteilungen adressiert.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 766, Bl. 1-4

Metadaten

Diensteinheit: Hauptverwaltung Aufklärung
Urheber: MfS
Datum: 30.5.1963
Rechte: BStU

Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"

BStU
000001

Verteiler:

1. Gen.Ulb ✓
2. Kos. vernichtet
3. AG
4. HA/V ✓
5. Abt.VII/
6. Ablage

Ablage

345 63

30.5.1963
6
4
6.

E.I.

über

Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63

Eine zuverlässige Quelle berichtete über Äußerungen führender CDU- und Senatskreise Westberlins zu den politischen Zielen, die Senat und CDU mit dem geplanten Besuch Kennedys in Westberlin am 26.6.63 erreichen wollen, sowie über einige organisatorische Fragen des Besuchs. Daneben liegen Äußerungen der gleichen Kreise zum Projekt eines de-Gaulle-Besuchs in Westberlin und zur Frage der Exklave Steinstücken vor.

In interfraktionellen Gesprächen zwischen Brandt und Amrehn sei Übereinstimmung darüber erzielt worden, im wesentlichen drei politische Ziele mit dem Kennedy-Besuch in Westberlin erreichen zu wollen. Erstens soll Kennedy durch einen starken Kontakt mit der Westberliner Bevölkerung, durch eine erweiterte Stadtrundfahrt und die geplante große Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus die Überzeugung aus Westberlin mitnehmen, daß der "Freiheitswille" der Bevölkerung "ungebrochen" sei.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 766, Bl. 1-4

Blatt 1

Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"

BStU
000002

Die "Dankbarkeit" der Bevölkerung gegenüber den USA soll sichtbaren Ausdruck finden. Kennedy soll damit zur "Unbeugsamkeit" in der amerikanischen Westberlinpolitik angehalten werden.

Zweitens soll Kennedy ein starker Eindruck von den "Folgen der Teilung Berlins" vermittelt werden. Er soll dazu gebracht werden, in künftigen politischen Kontakten mit der Sowjetunion und einem evtl. nächsten persönlichen Gespräch mit Chruschtschow darauf hinzuwirken, daß die Westberliner Bevölkerung zumindest wieder ein "gewisses Maß von Freizügigkeit" durch die Ermöglichung von Besuchen des demokratischen Berlin erlangt.

Drittens soll Kennedy davon überzeugt werden, daß die politische Stellung Westberlins nur durch eine Stärkung der sogen. Bindungen an die Bundesrepublik gehalten werden kann. Kennedy soll den Eindruck gewinnen, daß auf diesem Gebiet Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion unangebracht sei. Die sogen. Rechte der Bundesrepublik in Westberlin dürften nicht geschmälert, sondern müßten im Gegenteil durch die Schaffung vollendeter Tatsachen ständig erweitert werden. Die USA sollen dazu gebracht werden, ihre Bedenken dagegen aufzugeben, daß die Bundesregierung regelmäßig in Westberlin tagt, daß ein zweiter Parlamentssitz in Westberlin errichtet wird und längere Sitzungsperioden des Bundestages in Westberlin stattfinden, was faktisch auf eine Einverleibung Westberlins in die Bundesrepublik hinauslaufe.

Der Besuch Kennedys in Westberlin soll diesen drei Zielen untergeordnet werden. Einzelne politische Gespräche seien nicht vorgesehen.

Die Kundgebung mit Kennedy vor dem Schöneberger Rathaus soll am 26.6. etwa um 17.3o Uhr beginnen. Die Industrie- und Handelskammer habe, insofern es nötig ist, einen früheren Betriebsschluß beschlossen.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 766, Bl. 1-4

Blatt 2

Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"

BStU
000003

Die Durchführung der Kundgebung auf dem Platz vor dem Gebäude des ehem. Reichstags sei sowohl von den Westberliner als auch von den amerikanischen Sicherheitsbehörden abgelehnt worden. Kennedy wird am Abend des 26.6. Westberlin in Richtung Frankfurt/Main wieder verlassen.

Nach Äußerungen aus Westberliner CDU-Kreisen hat die amerikanische Regierung bis zuletzt versucht, Adenauer davon zu überzeugen, daß seine Anwesenheit in Westberlin während des Kennedy-Besuchs nicht erforderlich ist. Adenauer habe jedoch darauf bestanden und von einem "Abschiedswunsch" am Ende seiner Regierungszeit gesprochen. Es sei nunmehr festgelegt worden, daß Adenauer einige Stunden vor Kennedy inWestberlin eintrifft und den amerikanischen Präsidenten gemeinsam mit Willy Brandt auf dem Flughafen Tegel begrüßt.

Kennedy habe allerdings gefordert, daß Adenauers vorgesehene kurze Begrüßungsansprache ihm vorher im Wortlaut vorgelegt wird. Die amerikanischen Regierung lege besonderen Wert darauf, daß in der Rede keine Formulierungen von einer staatlichen und völkerrechtlichen Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik enthalten sind. Es dürfe lediglich die "besondere Verantwortung" der Bonner Regierung für Westberlin zum Ausdruck kommen.

Der Bundesvorstand der CDU habe sehr stark darauf gedrängt, daß- Adenauer Kennedy in Westberlin empfängt und begleitet. Es wird mit einer bedeutend größeren Anteilnahme der Bevölkerung im Vergleich mit dem Besuch Kennedys in Westdeutschland gerechnet. Dieser Umstand und die siebenstündige Fernsehdirektübertragung aus Westberlin seien bei der CDU ausschlaggebend dafür gewesen, auf jeden Fall zu erreichen, daß Adenauer im Hinblick auf die innenpolitische Entwicklung in Westdeutschland und die Bundestagswahlen 1965 den gleichen propagandistischen Nutzen aus dem Kennedy-Besuch in Westberlin ziehen kann wie Brandt.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 766, Bl. 1-4

Bericht über "Äußerungen führender Westberliner CDU- und Senatskreise zum Besuch Kennedys am 26.6.63"

BStU
000004

Über Einzelfragen des Protokolls seien noch Auseinandersetzungen im Gange. Für die Stadtrundfahrt mit Kennedy habe Brandt anfangs vorgeschlagen, daß er mit dem Präsidenten einen Wagen benutzt, während Adenauer in einem zweiten Wagen folgen soll. Auf Vorschlag der USA habe man sich jetzt darauf geeinigt, daß Kennedy in einem Wagen von Brandt und Adenauer flankiert werden soll.

Zum Projekt eines de-Gaulle-Besuchs in Westberlin erklärten führende Senatskreise, der französische Staatspräsident habe einen Westberlinbesuch für den Spätherbst dieses oder das Frühjahr des nächsten Jahres zugesagt. Brandt habe während seines kürzlichen Besuchs in Paris vom französischen Außenministerium erfahren, daß sich Adenauer bereits darum bemüht habe, de Gaulle zu einem Besuch in Westberlin im Zusammenhang mit seinem für Anfang Juli geplanten Besuch in Bonn zu veranlassen, um auch ihn nach Westberlin begleiten zu können. De Gaulle habe jedoch abgelehnt. Er wolle streng zwishhen seinem Besuch in der Bundesrepublik und einem Besuch Westberlins unterscheiden, um damit den Charakter Westberlins als direktes französisches Einflußgebiet zu unterstreichen.

Führende Westberliner CDU-Kreise haben sich, wie aus diesen Kreisen berichtet wird, zusammen mit Senatskreisen und Vertretern der Westmächte mit der Frage befaßt, ob der kürzlichen Errichtung von Straßensperren auf dem Verbindungsweg zur Westberliner Exklave Steinstücken politische Bedeutung zukommt und wie sie einzuschätzen ist. Dabei habe die Auffassung überwogen, daß es um einen "politischen Test" der Regierung der DDR ging, die habe feststellen wollen, inwieweit die Sowjetunion zu "Experimenten" bereit ist. Die Veränderung der Sperren werde als Einlenken der DDR auf Intervention der Sowjetunion eingeschätzt. Die Sowjetunion sei gegenwärtig nicht an "Schwierigkeiten" in der Westberlinfrage interessiert, da sie von den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen wisse, daß z.Zt. in der Westberlinfrage keine sichtbare Veränderung zu ihren Gunsten zu erreichen sei.

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 766, Bl. 1-4

Blatt 4